

# Mehr als 2.000 Projekte unterstützt

MdL Heidrun Sedlacik: „Habsucht liegt mir fern - es gibt doch die Alternative 54 e.V.“ - der Abgeordneten der LINKEN

Jedes Jahr wird ohne Diskussion und Entscheidung im Thüringer Landtag von der Präsidentin bekannt gegeben, dass sich die Diäten der Abgeordneten erhöhen. „Die Höhe der Entschädigung verändert sich jährlich auf der Grundlage der jeweils letzten Festlegung nach Maßgabe der allgemeinen Einkommens-, die der Aufwandsentschädigung nach der allgemeinen Preisentwicklung im Freistaat“ – so steht es im Artikel 54 der Thüringer Verfassung, der ich damals übrigens nicht zugestimmt habe.

Die Veröffentlichung der jährlichen Erhöhungen ist immer wieder Anlass, über alle Abgeordnete und Politiker herzu ziehen und persönliche Angriffe bleiben dabei nicht aus. Für mich und meine Fraktion wünsche ich mir aber eine Differenzierung.

Der Frust der Leute ist ja nachvollziehbar, da breite Bevölkerungsschichten die steigende allgemeine Einkommens- und Preisentwicklung in ihrer Geldbörse nicht spüren, im Gegenteil. Dass alle Abgeordneten faul und habgierig sind, stimmt aber auch nicht!

Seit 1994 gilt in Thüringen für Landtagsabgeordnete die automatische Diätenerhöhung. Die damalige PDS klagte dagegen und verlor. Im Ergebnis haben die damaligen Abgeordneten im Frühjahr 2005 den Verein Alternative 54 e.

V. gegründet, mit Bezugnahme auf den Verfassungsartikel 54, der ja bekanntlich die umstrittene Regelung der Diätenerhöhung beinhaltet.

Seitdem spenden in diesen Verein Landtagsabgeordnete der Partei DIE LINKE ihre Diätenerhöhungen, um somit soziale Organisationen und Initiativen in Thüringen finanziell unterstützen zu können. Aktuell sind es über 2000 Projekte, die seither Spenden im Umfang von insgesamt mehr



als 700.000 Euro erhielten. Seit meiner Wahl in den Thüringer Landtag 1999 bin auch ich Mitglied im Verein Alternative 54 e. V., spende aktuell monatlich 250 Euro und gebe somit auch in meinem Wahlkreis gezielte Hilfestellung. Die Unterstützung zahlreicher sozialer Initiativen mit unseren Spenden ist für uns Mitglieder nicht nur Ausdruck selbst wahrgenommener Verantwortung, sondern auch ein politisches Signal an den Landtag.

Mehrfach haben wir den Versuch unternommen, den Diätenautomatismus zu stoppen, und wurden jedes Mal überstimmt. DIE LINKE hält die Neuberechnung der Mandatsentschädigung

durch eine unabhängige Expertenkommission und eine vollständige Versicherungspflicht für Mandatsträger statt der derzeit geltenden Beitragsfreiheit für die Renten- und Arbeitslosenversicherung für überfällig. H. Sedlacik

## Nachtrag:

Nach Redaktionsschluss dieses Parlamentsreports stand die Vorstandswahl der Alternative 54 an. Heidrun Sedlacik kandidierte erneut als Vorsitzende, Gudrun Lukin und Tilo Kummer als Stellvertreter und Maria Funke als Schatzmeisterin.

Dem Verein, der für 2011 das bisher finanziell erfolgreichste Jahr bilanzieren kann, gehörten in diesem Jahr 31 LINKE Mitglieder an:

26 Landtagsabgeordnete, eine Bundestagsabgeordnete (Kersten Steinke), drei ehemalige Landtagsabgeordnete (Cornelia Nitzpon, Diana Skibbe und Ralf Kalich) sowie die Fraktionsmitarbeiterin Maria Funke.

## Spende für Geschichtsverein Jonastal übereicht

Seit vielen Jahren leistet der Jonastalverein eine anerkennenswerte Arbeit bei der Erforschung des Speziallagers III im Jonastal. Im Mittelpunkt steht dabei das Schicksal der politischen Häftlinge und Kriegsgefangenen, die im Jonastal bei Arnstadt militärische Anlagen für die Faschisten errichten mussten. Die Opfer gehen in die Tausende. Der Verein hat im Jonastal und im Dokumentationszentrum Arnstadt die Vorgänge des Speziallagers III veranschaulicht und trägt somit zur aktiven Auseinandersetzung mit diesem dunklen Kapitel der deutschen Geschichte bei. Diese Geschichtsausarbeitung gewinnt gerade gegenwärtig mit Blick auf die Enthüllungen zum Neonaziterror an Bedeutung.

Im Rahmen seiner Mitgliederversammlung wurde dem Verein jetzt eine Spende der „Alternative 54 e.V.“ durch den Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Stadtrat Arnstadt, MdL Frank Kuschel, überreicht. Die Spende geht auf eine Initiative der Landtagsabgeordneten der LINKEN aus Arnstadt, Sabine Berninger, zurück.



von Stefan Wogawa

## SPD will speichern lassen

Die SPD hat auf ihrem Bundesparteitag einen Antrag zur „Vorratsdatenspeicherung“ (VDS) beschlossen. Ihre Bundesfraktion soll jetzt ein Gesetz erarbeiten. Der Informationsdienst „Heise Online“ hat deutlich gemacht, dass die SPD mit dem Beschluss „eine dreimonatige anlasslose Speicherung aller elektronischen Kommunikationsverbindungen aller Bundesbürger“ fordert. Dagegen waren in Berlin vor allem Vertreter der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen und der Jusos aufgetreten. Auch „eco“, der Verband der deutschen Internetwirtschaft, hatte im Vorfeld eine klare Positionierung gegen die Vorratsdatenspeicherung verlangt – vergeblich.

Die Debatte, geleitet vom sich inzwischen als „mitte-links“ definierenden Thorsten Schäfer-Gümbel, entwickelte skurrile Züge. Thomas Oppermann, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, behauptete etwa, die Vorratsdatenspeicherung bedeute ja eigentlich „Freiheit“. Damit hat er sich laut „Heise Online“ einer „orwellischen Begriffsumkehrung“ bedient. Der Beschluss entbehrt ohnehin nicht gewisser Pikanterien: Die SPD setzt den Regierungskoalitionär FDP unter Druck, der sich bisher dem Ansinnen von CDU/CSU nach Komplettüberwachung verweigert.

„Bye bye #SPD: Mit der „Agenda 2010“ hat sie sich als Sozialstaatspartei verabschiedet, mit dem Beschluss zur #VDS als Bürgerrechtspartei“, hatte ich in einer ersten Reaktion bei Twitter geschrieben. „Bei allem Respekt: SPD? Bürgerrechte? Schily anyone?“, belehrte mich daraufhin – völlig zu Recht – Twitter-Nutzer @DrZuBerlin. Und wie hatte der Journalist Albrecht Ude während der LiMARegional in Erfurt am 3.12. so schön gesagt: „Was an Überwachungsmaßnahmen technisch möglich und finanzierbar ist, das geschieht auch!“

## Für das Soziale Zentrum in Battambang

Dem Vorsitzenden der Thüringisch-Kambodschanischen Gesellschaft e.V., Detlef Gutjahr, konnte Bodo Ramelow am Rande einer Fraktionssitzung der LINKEN im Landtag eine Spende in Höhe von 500 Euro übergeben. Das Geld war beim Kuchenbasar im Fraktions-Café am Tag der Offenen Tür des Landtags zusammengekommen. Wie Detlef Gutjahr betonte, soll es genutzt werden für den Aufbau einer Bibliothek im Sozialen Abfallzentrum Battambang (SAB) in Kambodscha.

Auf einer Mülldeponie, wo früher 16 Familien unter schlimmsten Bedingungen als Müllsammler ihr Leben fristeten, entstanden Dank der Solidarität aus Thüringen u.a. bereits ein Gemeinschaftsgebäude mit Klassenzimmer und ein Wertstoffsorrierplatz.

Die Übergabe der Spende war besonders verbunden mit der Erinnerung an das Engagement des am 12. Juni 2010 im Alter von 51 Jahren verstorbenen Landtagsabgeordneten Benno Lemke. Er hatte sich als Mitglied der Thüringisch-Kambodschanischen Gesellschaft und durch Kinderpatenschaften mit hohem persönlichen Einsatz in den Aufbau des Sozialen Zentrums eingebracht, wo ihm eine Ehren tafel gewidmet wurde. Ein wichtiges Anliegen des SAB Battambang ist es,



den Müllsammlerfamilien Zugang zu Bildung und Ausbildung zu ermöglichen. So sollen ab dem kommenden Jahr körperlich Benachteiligte und Blinde zu Hühnerzüchtern, Gemüsebauern und Fischzüchtern ausgebildet werden. Die Geldmittel aus den Kinderpatenschaften sorgen für einen beständigen Betrieb der Schule und für die notwendigen Schulmaterialien. Übrigens werden auch noch Pateneltern für die SAB-Kinder gesucht.

**Wer mehr über die Arbeit der Thüringisch-Kambodschanischen Gesellschaft (TKGV) erfahren möchte, kann sich im Internet informieren:**

[www.tkgev.org](http://www.tkgev.org)

**Wer Interesse an einer Patenschaft hat, schicke bitte eine Mail an:**  
[tkgev@tkgev.org](mailto:tkgev@tkgev.org)

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 9 bis 16 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416  
E-Mail: [rudolph@die-linke-thl.de](mailto:rudolph@die-linke-thl.de)  
Internet: [www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.